

Zukunft der Arbeit

Arbeit muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, um die bestehende Entfremdung zu überwinden.



2 JOBS
KEINE ZEIT
WAS BLEIBT
ÜBRIG?

Ansicht

1.14



Liebe Leserin, lieber Leser

Nicht zuletzt die Erkenntnisse aus dem aktuellen Datenreport 2013 vom Statistischen Bundesamt, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Sozio-oekonomischen Panel belegen, dass in Deutschland trotz stetigem Beschäftigungsboom immer mehr Menschen von Armut bedroht sind oder in Armut leben müssen. 16,1 Prozent der Menschen gelten als armutsgefährdet, haben also weniger als den Median des Netto-Äquivalenzeinkommens von 980 Euro monatlich zur Verfügung. Sicher, 2012 waren mit 41,5 Millionen so viele Personen erwerbstätig wie nie zuvor. Dennoch ist die Zahl der durchschnittlichen Arbeitsstunden – das Arbeitsvolumen – kontinuierlich gesunken. Der Grund: Immer mehr Menschen arbeiten in Teilzeit. Erschreckend dabei: 22 Prozent der Personen auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind atypisch beschäftigt. Besonders häufig trifft es dabei Frauen, junge Menschen zwischen 14 und 24 Jahren sowie Menschen ohne Berufsabschluss. Deutschland braucht natürlich bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber ebenso weitreichende Reformen am Arbeitsmarkt. Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zunächst 8,50 Euro ist es dabei nicht getan. Notwendig ist ebenso die gezielte Begrenzung atypischer Beschäftigung durch klare Rahmenbedingungen, insbesondere die Einschränkung von Minijobs, Leiharbeit und Werkverträgen. Ebenso bedeutsam ist das Engagement für Langzeitarbeitslose. Hier ist die unter Schwarz-Gelb beschlossene sogenannte Instrumentenreform ein großes Problem. Demnach sind niedrigschwellige Ansätze mit besonders benachteiligten Menschen kaum noch möglich, die Schwellen für Zusatzjobs massiv erhöht und die Kombination mit Coaching und sozialpädagogischer Begleitung erschwert. Die AWO fordert daher ein Umdenken und einen Sozialen Arbeitsmarkt, der bei Bedarf sozialpädagogische Begleitung und Qualifizierung der Betroffenen sicherstellt.

Nach drei Jahrgängen haben wir das Erscheinungsbild der AWO Ansicht inhaltlich und visuell überarbeitet. Schreiben Sie uns, ob es Ihnen gefällt, an awo-ansicht@awo.org.

Ihr Wolfgang Stadler
Vorsitzender AWO Bundesverband e.V.

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin

Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Marius Mühlhausen
(i.V.) · Berit Gründler · Peter KuleBa (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Konzept und Gestaltung Stephanie Roderer,
München · www.stephanie-roderer.de
Gestalterische Mitarbeit Ingeborg Landsmann

Fotografie Titel photocase.com, Fotolia.com ·
S. 3, 8, 20 AWO Bundesverband · S. 4 BAGFW,
Silke Ulrich · S. 5 Wolfgang Siesing, akq-images/
Gert Schütz · S. 6 Fotoquelle unbekannt
S. 7 ADH/Schwarz · S. 9 istockphoto.com · S. 10
photocase.com · S. 13 photocase.com, Fotolia.com
· S. 15 David Ausserhofer · S. 17 FaDA · S. 19
AWO Oberhausen · S. 21 privat · S. 22 privat

Anzeigen AWO Bundesverband e.V.;
NetworkMedia GmbH · Stresemannstr. 30
10963 Berlin · Tel 030/25594-160

Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umweltmanagement nach EMAS D-155-00126
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit – GFA-COC-001787

Es gilt jeweils die männliche bzw. weibliche Schreibform für beide Geschlechter.



EMAS
geprüftes
Umweltmanagement
D-155-00126



MIX
Papier aus verantwortungsvollen
Quellen
FSC® C015171

Freuten sich mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (2.v.l.) und dem AWO Bundesvorsitzenden Wolfgang Stadler (r.), Gast bei Bundespräsident Joachim Gauck (3.v.r.) im Schloss Bellevue zu sein: Ursula Ginzel (l.), Harald Ginzel (2.v.r.) vom AWO Ortsverein Bad Dürkheim e. V. und Claudia Scheibe (3.v.l.), Lynda Lauber (4.v.l.) vom AWO Bezirksverband Baden e. V.



INNOVATIVE PROJEKTE

Superhelden der Kunst

Soziale Ausgrenzung, Sprachdefizite, geringe Bildungs- und Berufschancen oder Perspektivlosigkeit werden von vielen Jugendlichen durch Gewalt und Kriminalität kompensiert. Das Projekt »Superhelden der Kunst« der AWO Soziale Dienste gemeinnützige GmbH in Bremen bietet kunstpädagogische Angebote zur Gewaltprävention für männliche Jugendliche. Zielgruppe sind gewaltbereite männliche Jugendliche im Alter ab 15 Jahren. Entsprechend der Bevölkerungsstruktur in Bremen-Gröpelingen gehören zu der Zielgruppe des Projektes überwiegend Jugendliche mit Migrationshintergrund.

➔ Lucyna Bogacki • Tel 0421/790243
L.Bogacki@awo-bremen.de • www.awo-bremen.de
www.innovative-projekte.awo.org

ENGAGEMENT

Wohlfahrtsmarken – Hilfe für krebserkrankte Kinder

Anlässlich der Übergabe der Wohlfahrtsmarken an den Schirmherrn des Sozialwerks Wohlfahrtsmarken, Bundespräsident Joachim Gauck, wurden auch in diesem Jahr wieder jene Menschen geehrt, die sich in besonderer Weise für die Wohlfahrtsmarken eingesetzt haben. Aus der AWO waren vier Personen zu Gast, die sich seit vielen Jahren für die Arbeit der sogenannten »Katharinenhöhe«, einer Reha-Klinik für krebserkrankte Kinder und Jugendliche zwischen Triberg und Furtwangen, engagieren. In der Klinik versuchen Ärzte, Schwestern und Therapeuten, ihren Patienten seelisch und körperlich wieder Selbstvertrauen zu geben und gemeinsam Perspektiven aufzuzeigen für ihr neues Leben. Die Krebsklinik – Träger ist der AWO Bezirksverband Baden e. V. – bietet bereits seit vielen Jahren eine familienorientierte Rehabilitation. Das Konzept ist auf die Gesamtfamilie ausgerichtet, es sieht die Familie selbst als Patienten. Geschaffen wird ein Rahmen, in dem die Familie psychisch und physisch gestärkt zur Normalität findet, man gibt ihr Zeit, Kraft zu schöpfen und wieder Fuß zu fassen. Das ganzheitlich orientierte Projekt wird vom Förderverein Katharinenhöhe finanziert, in dem sich die AWO, Unternehmen und Privatpersonen engagieren. Mit dabei die AWO Bad Dürkheim, die durch den Erlös aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken Spiel- und Therapiegeräte mitfinanziert.

➔ Berit Gründler • Tel 030/263090 • werbung@awo.org
Informationen zum Projekt unter www.katharinenhoehe.de



Der Erlös aus dem Verkauf der Wohlfahrtsmarken kommt der Sozialen Arbeit der AWO und den anderen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege zugute.

AUS DEM VERBAND

Heinrich-Albertz-Friedenspreis an Egon Bahr

Ende 2013 hat der AWO Bundesverband das Wirken und Handeln von Prof. Dr. Egon Bahr mit der Verleihung des Heinrich-Albertz-Friedenspreises gewürdigt. AWO Präsident Wilhelm Schmidt sprach zu Beginn seine Anerkennung aus. Er hob hervor, dass es dem Preisträger wie kaum einem zweiten gelungen war, »die politische Gleichgültigkeit in diesem Land zu durchbrechen«. Und in der Tat, Egon Bahr hat wie kaum ein Politiker die Bundesrepublik Deutschland geprägt. Als Journalist, als Bundestagsabgeordneter und als Minister zeichnete ihn seine stetige Haltung, für Gerechtigkeit und Solidarität einzutreten, in besonderer Weise aus. Als politischer Vordenker hat er den »Wandel durch Annäherung« entscheidend geprägt und den Weg zur deutschen Wiedervereinigung geebnet.

Die Laudatio auf Bahr hielt die vorangegangene Friedenspreisträgerin Prof. Dr. Jutta Limbach. Die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und des Goethe-Instituts ehrte Egon Bahr im Wappensaal des Roten Rathauses in Berlin. »Egon Bahr zeichnet aus, dass er Empathie mit einem bemerkenswerten Sinn für Realitäten paart. Dass er Politik als



AWO Präsident Wilhelm Schmidt (l.) und AWO Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler (r.) mit Laudatorin Jutta Limbach (Friedenspreisträgerin 2011, 2.v.r.) und dem aktuellen Friedenspreisträger Egon Bahr.

die Kunst des Möglichen verstand und sich dafür stetig einsetzte«, bezeichnete Jutta Limbach als einen seiner großen Verdienste.

Der Preisträger fühlte sich sichtlich geehrt und machte deutlich: »Ich habe diesen Preis auch mit Freude angenommen, weil ich mich bis heute Heinrich Albertz tief verbunden fühle.« Geprägt durch die gemeinsamen Jahre im Schöneberger Rathaus, als enge Vertraute Willy Brandts, teilten sie eine gemeinsame Vergangenheit. Für Bahr ist Albertz jemand gewesen, der »die Klaviatur der Bürokratie beherrschte und einen zuverlässigen Sinn für Ethik und Moral besaß«. In seiner Rede hob Bahr die Bedeutung dieses Friedenspreises abschließend hervor. Es sei »erstaunlich, dass die meisten der Themen, die Albertz bewegten, noch heute aktuell sind. Das bedeutet, dass er uns noch immer was zu sagen hat.«

BISHERIGE PREISTRÄGER

Mit dem Heinrich-Albertz-Friedenspreis ehrt die AWO seit 1999 Persönlichkeiten, die Solidarität und soziale Verantwortung in den Mittelpunkt ihres Lebens stellen und die sich um die Ausgestaltung der Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und um den inneren und äußeren Frieden in besonderer Weise verdient gemacht haben.

- 1999 Johannes Rau
- 2001 Paul Spiegel
- 2005 Gerhard Schröder
- 2008 Hans-Jochen Vogel
- 2011 Jutta Limbach



»Dass jeder so handle, als hinge von seinem Handeln das Wohl aller ab.«

Heinrich Albertz
AWO Bundesvorsitzender
1949 – 1965

EUROPA

AWO-Wahlprüfsteine zur Europawahl



Die Europawahl ist richtungsweisend für die Zukunft der Europäischen Union. Die eng miteinander verwobenen Probleme aus Finanz-, Legitimations- und sozialer Krise erfordern kluge Lösungen. Deshalb müssen die Parteien ihre Haltung zu zentralen Fragen transparent machen. Die AWO fordert zu 39 zentralen europapolitischen Fragen Antworten, die als sogenannte Wahlprüfsteine an sechs Parteien (Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die Linke, FDP, AfD, SPD) verschickt werden. Diese werden ausgewertet und dann auf www.awo.org präsentiert.

➔ Joß Steinke • Tel 030 / 26309201 • joss.steinke@awo.org

➔ Andreas Bartels • Tel 030 / 26309485 • andreas.bartels@awo.org

Die Wahlprüfsteine sind im AWO-Informationsservice unter www.awo-informationsservice.org erhältlich.



HISTORISCHES PORTRÄT

Robert Görlinger

Zum 60. Todestag gedachte die AWO kürzlich Robert Görlinger. Görlinger (1888 bis 1954) war von 1946 bis 1949 der erste Vorsitzende des Hauptausschusses der AWO (jetzt AWO Bundesverband e.V.) nach dem Zweiten Weltkrieg und gestaltete maßgeblich die (Wieder-)Aufbauphase des Hauptausschusses. Von 1945 bis zu seinem Tode war er Mitglied im SPD-Parteivorstand; vom 15. November 1948 bis 9. Dezember 1949 und vom 23. November 1950 bis 8. November 1952 war er Kölner Oberbürgermeister.

➔ Weitere Informationen zum Wirken Robert Görlingers im Historischen Archiv der AWO www.awo-historie.org

AKTION

Für Vielfalt und gegen Rassismus

Die AWO beteiligt sich auch in diesem Jahr an den Aktionen um den internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März. Gliederungen und Einrichtungen der AWO sind aufgerufen, mit kreativen Aktionen ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen und sich zu beteiligen. Der von den Vereinten Nationen ausgerufene internationale Tag gegen Rassismus geht auf das Massaker des Apartheid-Regimes in Sharpeville/Südafrika am 21. März 1960 zurück, bei dem die südafrikanische Polizei eine friedliche Demonstration schwarzer Südafrikaner gewalttätig aufgelöst, 69 Menschen getötet und Hunderte teilweise schwer verletzt hat. Als Gedenktag wird der 21. März seit 1966 von den Vereinten Nationen ausgerufen.

Rassismus und Rechtsextremismus stehen im krassen Widerspruch zu den Werten der AWO. Mit Sorge ist festzustellen, dass Ressentiments und Vorurteile gegenüber Menschen mit tatsächlichem oder zugeschriebenem Migrationshintergrund nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft vorkommen. Aktuelle Studien belegen das Vorkommen rechtsextremer Einstellungsmuster bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Gewaltbereite Rassisten stützen sich auf diese Vorurteile und sehen ihre Taten dadurch als legitimiert an. »Demokratie heißt Hinsehen und Gesicht zeigen!«, so lautet die Überschrift des Magdeburger Appells, den die AWO im Jahr 2008 in der Bundeskonferenz, dem höchsten Organ der AWO, beschlossen hat. Es ist notwendig, auch öffentlich für die Werte der Demokratie einzutreten und Gesicht zu zeigen.

Die AWO ist, gemeinsam mit mehr als 70 bundesweiten Organisationen und Einrichtungen, auch 2014 Kooperationspartner bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus, die vom 10. bis 23. März 2014 stattfinden.

➔ Resa Memarnia • Tel 030 / 26309467

resa.memarnia@awo.org

www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de



HELFEN SIE!

Um Menschen in Syrien schnell und effektiv zu helfen, bitten wir Sie um Ihre Spende mit dem Stichwort »Syrien«. Vielen Dank!

 AWO International e. V.
Konto-Nr. 10 11 12
BfS 100 205 00
IBAN: DE 83100205000003221100
BIC: BFSWDE33BER

AWO INTERNATIONAL

Humanitäre Hilfe in Syrien

Fast drei Jahre dauert der Bürgerkrieg in Syrien inzwischen an. Die Bilanz ist erschreckend: Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist auf humanitäre Hilfe angewiesen. 2,3 Millionen Menschen sind bereits aus Syrien geflohen. Über 100.000 Menschen sind bisher ums Leben gekommen, unzählige werden tagtäglich schwer verletzt. Die Anzahl der Menschen, die medizinisch versorgt werden müssen, nimmt immer weiter zu. In den Krankenhäusern jedoch gibt es kaum noch Medikamente.

Im Bezirk Al-Masharka in Aleppo sind aufgrund der Kampfhandlungen etwa 180.000 Menschen fast ohne medizinische Versorgung. Dort hat AWO International in Zusammenarbeit mit der ADH-Partnerorganisation action medeor ein Krankenhaus wieder in Betrieb genommen und es mit Medikamenten und medizinischen Geräten ausgestattet. Dringend benötigt werden zum Beispiel Dialysegeräte. AWO International unterstützt die Ausstattung der Klinik mit Medikamenten, medizinischem Verbrauchsmaterial und Dialysezubehör. Von den Hilfsmaßnahmen werden etwa 15.000 Menschen profitieren.

 Ingrid Leberz • Tel 030/25292772
ingrid.leberz@awointernational.de • www.awointernational.de

Bürger fordern mehr Anerkennung für Soziale Arbeit

Das AWO-Sozialbarometer zeigt, dass die Soziale Arbeit in der Bundesrepublik nicht nur gestärkt werden, sondern auch mehr Anerkennung erfahren muss. 98 Prozent der Befragten sprechen der Sozialen Arbeit für das zukünftige Funktionieren unserer Gesellschaft eine entscheidende Rolle zu. Und diese Auffassung ist unabhängig von der Altersgruppe, der Einkommensschicht und der Parteipräferenz – das unterstreichen die Zahlen.

Mit Blick auf den Erzieherberuf geben 78 Prozent der Befragten an, dass sie die Arbeit von Erziehern in unserer Gesellschaft nicht ausreichend gewürdigt sehen. Damit dieser wieder attraktiver wird, müsse sich zuvorderst die Bezahlung verbessern, meinen 59 Prozent. Die Zahlen belegen das gute Gespür der Menschen für den Missstand in der Sozialen Arbeit. Jahrelang lief der Trend den Ansprüchen der Beschäftigten zuwider. Das muss die Politik nun ändern.

Um die Berufe der Sozialen Arbeit zu stärken und damit auch die Frage des absehbaren Fachkräftemangels erfolgreich anzupacken, braucht es gesellschaftliche Anerkennung, Wertschätzung und angemessene Bezahlung. Soziale Berufe müssen auch und vor allem für junge Menschen wieder attraktiver gestaltet werden. Klar ist für die AWO: Soll die Bundesrepublik ein soziales Land sein, muss sie jene Menschen, die täglich sozialen Zusammenhalt im Beruf fördern und den Schwächsten helfen, stärken. Die Bürger haben das erkannt. Es ist Zeit, entsprechend politisch zu handeln. ❤️

»Wenn die Bundesrepublik ein soziales Land sein möchte, muss es die Menschen, die täglich sozialen Zusammenhalt im Beruf fördern und den Schwächsten helfen, stärken. Die Bürger haben das erkannt, die Politik hoffentlich auch.«

Wolfgang Stadler, AWO Bundesvorsitzender

WAS MEINEN SIE?

Finden Sie, dass die Bedeutung der Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern in Deutschland angemessen gewürdigt und anerkannt wird?

Nein. Vor allem als männlicher Erzieher wird man oftmals immer noch belächelt.

Sven S., Erzieher in der AWO-Krippe Löwenherz in Berlin.

Innerhalb der Elternschaft bei uns absolut. Aber klar ist leider auch: Erzieherinnen und Erzieher werden zu schlecht bezahlt.

Nancy Laufer, Gesamtelternvertreterin in der Berliner AWO-Kita Löwenzahn.

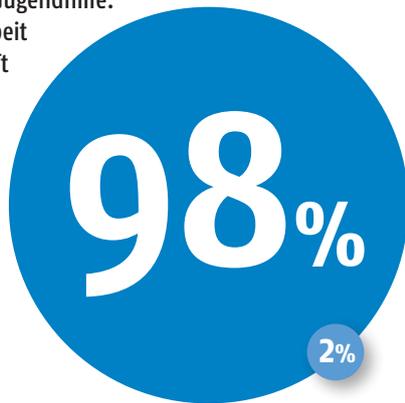


Das AWO-Sozialbarometer fragt einmal im Quartal nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Es erfolgt in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest. Weitere Informationen unter www.awo-sozialbarometer.org

So denkt Deutschland über die Bedeutung Sozialer Arbeit

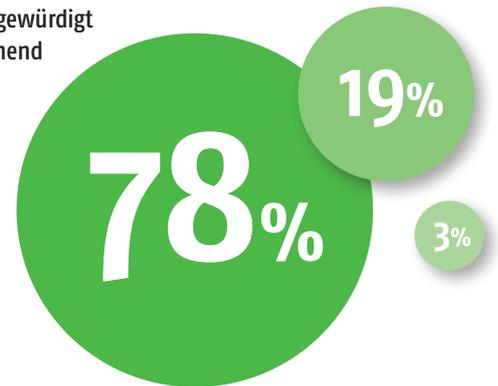
In Deutschland arbeiten viele Menschen im sozialen Bereich, zum Beispiel in der Pflege, in der Kinderbetreuung oder Jugendhilfe. Was glauben Sie: Wird die Arbeit in diesen Bereichen in Zukunft eher wichtiger oder eher weniger wichtig für das Funktionieren unserer Gesellschaft sein?

- Eher wichtiger
- Eher weniger wichtig
- Weiß nicht / keine Angabe



Kommen wir nun zu den Erzieherinnen und Erziehern, die in der Kinderbetreuung arbeiten. Sind Sie der Meinung, dass die Arbeit von Erziehern in unserer Gesellschaft ausreichend gewürdigt wird oder denken Sie das nicht?

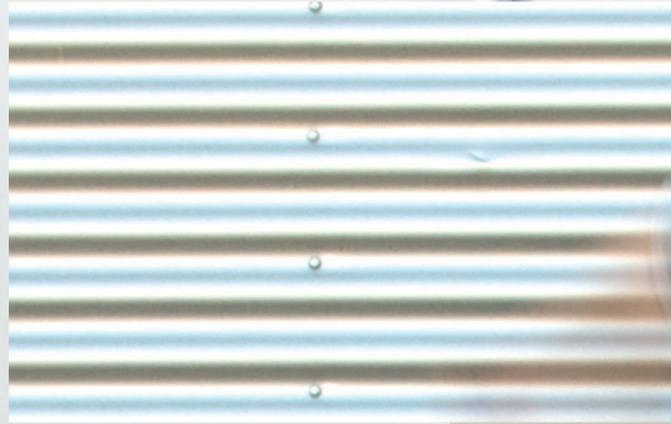
- Wird ausreichend gewürdigt
- Wird nicht ausreichend gewürdigt
- Weiß nicht / keine Angabe



DIE BEZAHLUNG 59%
DIE GESELLSCHAFTLICHE ANERKENNUNG 21%
DIE ARBEITSBELASTUNG 15%

In Deutschland gibt es im Bereich der Kinderbetreuung nach wie vor einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften. Was muss sich Ihrer Meinung nach vor allem ändern, damit der Beruf des Erziehers attraktiver wird und sich mehr Menschen dafür entscheiden?

AWO THEMA



2 MINIJOBS





Zukunft der Arbeit

Immer mehr Menschen haben Arbeit, können aber von ihrem Einkommen nicht leben. Andere möchten arbeiten, haben aufgrund mangelnder Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder oder Eltern aber kaum die Möglichkeit, dies zu tun. Die Erfahrung älterer Menschen wird am Arbeitsmarkt wenig gewürdigt. Was ist entscheidend für die zukünftige Arbeitswelt? Die AWO Ansicht diskutiert über angemessene Bezahlung, Zeitautonomie und berufliche Anerkennung.



Politik für einen menschlichen Arbeitsmarkt

Erwerbsarbeit ist wichtig. Im Leben jedes Einzelnen, aber auch für das Funktionieren unserer Volkswirtschaft. Umso bedeutsamer sind zukunftstaugliche Konzepte, die den Menschen mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellen.

AUTORINNEN BARBARA KÖNIG, SUSANNE RINDT, ANTJE HELBIG, JANA TESKE

Arbeit bedeutet für viele Menschen mehr als nur Broterwerb. Arbeit verschafft Status, eröffnet Lebenschancen, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung. Der Zugang zu auskömmlicher und gesicherter Beschäftigung in Deutschland ist jedoch ungleich verteilt. Zwar sind rund 41,5 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, dies sagt jedoch nichts über die Qualität der Arbeitsverhältnisse aus. Es ist alarmierend, wenn es in Deutschland mehr als eine Million Personen gibt, die seit vier Jahren und länger durchgehend Leistungen aus dem SGB II beziehen. Für diese Menschen ist ein (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt so gut wie unmöglich; rund fünf Millionen Menschen arbeiteten im Jahr 2012 für einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro.

»Es ist alarmierend, wenn es in Deutschland mehr als eine Million Personen gibt, die seit vier Jahren und länger durchgehend Leistungen aus dem SGB II beziehen.«

Umso wichtiger ist die Umsetzung des nun beschlossenen Mindestlohns. Weitere Schritte müssen folgen. So sollten unbedingt Minijobs und atypische Beschäftigungsverhältnisse reduziert

beziehungsweise abgeschafft werden. Gleichzeitig stellt der absehbare Fachkräftemangel in zahlreichen Berufsfeldern – nicht zuletzt denen der Wohlfahrtsverbände – vor große Herausforderungen. Die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und die Steigerung der Attraktivität einzelner Berufe ist ein ganz wesentlicher Schritt. Hierbei sind, neben der Frage der Entlohnung, die Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Zeitsouveränität von Arbeitnehmern bedeutsam.

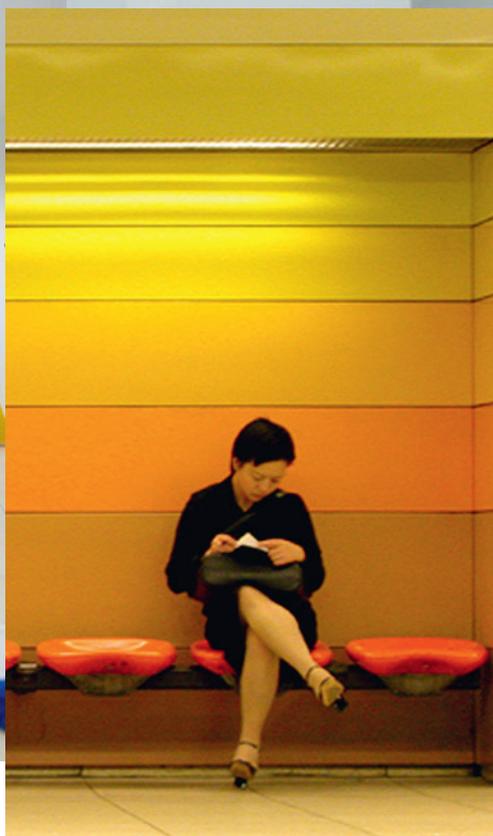
Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der zentralen Herausforderungen der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Zukunft. Diejenigen, die einen fair entlohnten Vollzeitjob haben oder haben möchten, sind mit bis dato kaum gekannten Anforderungen an Flexibilität, Mobilität und Verfügbarkeit konfrontiert. Dies erschwert die Möglichkeit, Familie und Erwerbsleben miteinander zu vereinbaren, erheblich. Zugleich sind mit dem Ab- und Umbau des Sozialstaates die Erwartungen an Elternschaft und Pflege von Angehörigen gestiegen. Männer und Frauen erleben Probleme in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterschiedlich, da ein großer Teil der Familien- und Sorgearbeit noch immer von den Frauen geleistet wird.

Dies trifft vor allem Alleinerziehende (und also circa 90 Prozent Mütter). Laut Familienreport 2011 ist nur ein gutes Drittel der berufstätigen Eltern mit Kindern unter 18 Jahren zufrieden mit seinen Arbeitszeiten. Die Arbeitszeitwünsche von Eltern bewegen sich in einem Stundenvolumen zwischen 25 und 35 Wochenstunden. Hier setzt das Modell der sogenannten »Familienarbeitszeit« an. Danach erhalten Eltern, die beide im Anschluss an das Elterngeld eine reduzierte Vollzeitbeschäftigung im Umfang von 80 Prozent ausüben, für maximal drei Jahre eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung. Die Ersatzrate beträgt im mittleren Bereich 50 Prozent des wegfallenden Lohns. Sie steigt für untere Einkommen auf bis zu 100 Prozent an und wird im oberen Bereich abgeschmolzen. Nach ersten Berechnungen würde die neue Leistung zunächst nur von einem kleinen Teil der Eltern in Anspruch genommen werden. Die Rate würde sich von aktuell 1 Prozent aller Eltern auf immerhin 1,9 Prozent fast verdoppeln. Es fielen damit Nettokosten von gut 100 Millionen Euro pro Jahr an.

Die AWO fordert mehr Zeitsouveränität für Familien, gleiche Chancen für Männer und Frauen in der Arbeitswelt und die stärkere Berücksichtigung der Rechte des





Der Druck in der Arbeitswelt wird für die Menschen immer größer. In ihrem Leitbild hat die AWO klar formuliert, wie dem widerstanden werden kann:

Für die Arbeiterwohlfahrt steht der Mensch im Mittelpunkt. Bei allen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen sind für uns die soziale Verantwortung und Orientierung am Gemeinwesen bestimmend. Die Betriebswirtschaft hat dienende Funktion.

»Freiwilligendienste dürfen weder als Ersatz für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder berufliche Wiedereingliederungsmaßnahmen noch zur Kompensation professioneller Arbeit herhalten.«

Kindes. Wenn vor allem Väter darin unterstützt werden, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, kann dies langfristig zu einer Veränderung der Arbeitszeitnormen und der Betriebskultur führen. Ähnliche Effekte haben bereits die Partnermonate beim Elterngeld. Deshalb ist die von der Bundesfamilienministerin als »ElterngeldPlus« geplante verbesserte Inanspruchnahme von Teilelterngeld zu begrüßen.

Engagement und Arbeit

Die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) 2011 hat die öffentliche Aufmerksamkeit für den Zusammenhang von freiwilligem Engagement, Erwerbsarbeit und Arbeitsmarktpolitik erhöht. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass vor allem in Ostdeutschland die vielen älteren Menschen im BFD, die aus dem ALG-II-Bezug kommen oder

zuvor in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen waren, hoffen, über den BFD wieder einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu bekommen. Oftmals ohne Erfolg. Die AWO hat schon 2011 in einem Positionspapier hervorgehoben, dass die Freiwilligendienste vor allem Bildungs- und Engagementangebote sind. Sie dürfen weder als Ersatz für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder berufliche Wiedereingliederungsmaßnahmen noch zur Kompensation professioneller Arbeit herhalten.

Mehr als problematisch ist es dann, wenn in sozialen Einrichtungen und Diensten den Engagierten Stundenlöhne von bis zu 12 Euro oder pauschale Aufwandsentschädigungen, die über den entstandenen Kosten liegen, gezahlt werden. Diese Form der Monetarisierung beschädigt den unentgeltlichen, freiwilligen Kern des Engagements; sie verändert die Motive und Haltungen von Engagierten, provoziert Konkurrenzen zwischen entlohnten und nicht entlohnten Freiwilligen und fördert eine Vermischung von Engagement und Erwerbsarbeit, auch und vor allem im Niedriglohnbereich. Gleichwohl bringt das

Engagement eine Reihe von Chancen für erwerbslose Menschen mit sich. Hier bieten sich vielfältige Gelegenheiten für informelles Lernen, für den Erwerb oder Erhalt von auch auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Schlüsselkompetenzen und von fachlichen Qualifikationen. Von mindestens gleichrangiger Bedeutung für Erwerbslose sind Möglichkeiten der Teilhabe, Mitgestaltung, Anerkennung und Einbindung in soziale Netzwerke. All dies kann Brücken in die Arbeitswelt bauen und die Chancen auf einen beruflichen Wiedereinstieg verbessern. ❤️

-
- ➔ Vereinbarkeit Familie und Beruf
Barbara König • Zukunftsforum Familie e.V.
Tel 030 / 259272820,
 - Jana Teske • AWO Bundesverband e.V.
Tel 020 / 26309149
 - ➔ Arbeit/Arbeitsmarkt
Antje Helbig • AWO Bundesverband e.V.
Tel 030 / 26309404
 - ➔ Bürgerschaftliches Engagement
Susanne Rindt • AWO Bundesverband e.V.
Tel 030 / 26309444

Arm trotz Arbeit: Risikofaktor Minijob



Über 41 Millionen Beschäftigte auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Und für die nahe Zukunft werden weitere Rekorde bei den Beschäftigtenzahlen erwartet. Gleichzeitig liegen die Armutsgefährdungsquoten konstant über 15 Prozent. Wie passt dies zusammen? Warum wird die Frage einer auskömmlichen Rente immer wichtiger? Darüber spricht die AWO Ansicht mit Roland Habich vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Roland Habich ist einer der Verantwortlichen für den sogenannten Datenreport, der Deutschland Jahr für Jahr auf Herz und Nieren überprüft.

INTERVIEW PETER KULEGA

Herr Habich, was sind die zentralen Erkenntnisse aus dem Datenreport 2013 mit Blick auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt?

HABICH Was uns vor allem aufgefallen ist: Zwar sind mit 41,5 Millionen so viele Leute erwerbstätig gewesen wie noch nie. Doch wenn man genauer hinsieht, wird schnell klar, dass es eben nicht nur Vollzeitbeschäftigte sind, sondern auch sehr viele Minijobs. Ich dachte eigentlich immer, Minijobs wären etwas zum Hinzuverdienen – für Hausfrauen, Rentner, Schüler, Studenten. In manchen Landkreisen gab es zu 80 bis 90 Prozent ausschließlich Minijobs.

Trotz 41,5 Millionen Erwerbstätiger gibt es dennoch eine Armutsgefährdungsquote von knapp über 16 Prozent. Woran liegt das?

HABICH Es liegt daran, dass offenbar auch unter den Erwerbstätigen nicht so verdient wird, wie es notwendig wäre, um ein Leben jenseits von Armut zu führen. Wir können in diesem Zusammenhang mit der geplanten Einführung eines Mindestlohns, der vor allem auch für Teilzeitbeschäftigte von großer Bedeutung sein wird, einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Armut trotz Arbeit machen. Das Neue gegenüber vor 20 Jahren ist das größer gewor-

dene Risiko, in Armut zu geraten. Zugleich sinken die Chancen, innerhalb von ein bis zwei Jahren wieder aus dieser Armutslage herauszukommen.

Warum ist das so?

HABICH Weil das Armutsrisiko inzwischen auch in mittleren Einkommensschichten virulent geworden ist. Grob vereinfacht gesagt: Vor 20 bis 30 Jahren war ziemlich klar, wer zu welchen Einkommensgruppen gehört und potenziell von Armut betroffen sein könnte. Diese klaren Grenzen verschwinden langsam. Auch Mittelschichten oder gehobene Einkommensklassen geraten unter Druck. Kurzum: Unten bleibt unten, oben bleibt oben, aber dazwischen passiert auch relativ viel. Dies gab es früher nicht so.

Was sind eigentlich prekäre Beschäftigungsformen?

HABICH Dies sind vor allem unsichere Beschäftigungsverhältnisse und wenn die Leute kurzfristige Arbeitsverträge zu miesen Löhnen erhalten. Wenn jemand 25 Stunden bei geringfügiger Entlohnung arbeitet, muss dies noch keine prekäre Beschäftigung sein. Bevor wir die Mindestlohn-debatte hatten, waren die Löhne in Dienstleistungsbereichen vor allem in Ostdeutschland sehr schlecht. Im Friseurhandwerk etwa wurden vielleicht drei Euro pro Stunde bezahlt. Da fragt man sich schon, warum Gewerkschaften dies mitmachen. Müssen sie oftmals aber, weil sie aufgrund geringer Mitgliederzahlen über kaum Verhandlungsmacht verfügen. Und für die paar Leute, für die sie da sind, versuchen sie zumindest die Arbeitsplätze zu erhalten. Ich finde es von daher auch gar nicht so schlecht, wenn der Mindestlohn nicht sofort kommt, sondern es die Chance auf tarifliche Einigungen geben soll. Das treibt die Arbeitgeber zurück in die Arbeitgeberverbände, damit sie wiederum mit den Gewerkschaften verhandeln können.

»Vor 20 bis 30 Jahren war ziemlich klar, wer zu welchen Einkommensgruppen gehört und potenziell von Armut betroffen sein könnte. Diese klaren Grenzen verschwinden langsam.«

Ein Mindestlohn von 8,50 Euro ist sicher gut, aber wenn man dies hochrechnet, kommt man am Monatsende auch nicht gerade auf ein großes Vermögen, oder?

HABICH Nein. Und die richtigen Probleme kommen später, wenn die Leute in Rente gehen. Heute mag man mit 8,50 Euro vielleicht ganz gut auskommen. Wenn man aber sein Leben lang für 8,50 Euro arbeitet, hat man hinterher bei der Rente fast gar nichts mehr. Das ist das große Problem.

Was müsste passieren?

HABICH Die Rente rentensicher machen. Rausnehmen aus der Rentenversicherung, was eigentlich nur durch das Steuersystem zu finanzieren ist. Die Mütterrente mag schön sein für die eine oder andere Mutter; faktisch ist sie eine Leistung, für die keine äquivalenten Beiträge in der Rentenversicherung vorhanden sind. Das muss die Steuer übernehmen. Dies passiert aber nicht, weil gerade ein Milliardenüberschuss in der Rentenklasse existiert.



DR. ROLAND HABICH

Dr. Roland Habich ist seit 2005 Leiter des Zentralen Datenmanagements des Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Am Rande des Interviews stellte sich heraus, dass Roland Habich einer der ersten Zivildienstleistenden des AWO Kreisverbandes in Karlsruhe war. Neben seinen Zahlenkolonnen, die er immer wieder für die Kollegen im WZB bereitstellt und auswertet, ist er als ehrenamtlicher Schöffe tätig.

**»Armut ist auch nicht einfach
›kein Geld haben‹. Der Zusammenhang
zwischen ›gut leben‹ und Gesundheit
etwa ist sehr gravierend.«**

**Glauben Sie, dass mit Einführung des Mindestlohns
prekäre Beschäftigungsformen verschwinden?**

HABICH Die verschwinden nicht, werden aber vielleicht etwas abgemildert. Dort etwa, wo es von 3,40 Euro auf 8,50 Euro hochgeht. Dort, wo vorher 8,20 Euro bezahlt wurden, ist die Veränderung kaum spürbar. Bei extrem niedrigen Löhnen wird es keine Verbesserung geben.

Glauben Sie, dass es weiterhin den nicht unbeträchtlichen Teil von 15-16 Prozent an Armutsgefährdungsquote geben wird? Der Mindestlohn kann ja nicht alles lösen, oder?

HABICH Nein, das kann er sicher nicht. Ich denke, langfristig werden wir es immer mit einer 12- bis 13-prozentigen Quote zu tun haben. Armut ist auch nicht einfach »kein Geld haben«. Der Zusammenhang zwischen »gut leben« und Gesundheit etwa ist sehr gravierend.

Inwiefern?

HABICH Im Datenreport 2013 zeigen wir, dass bei den unteren Einkommens- und Bildungsschichten im Vergleich zu den oberen Männern eine um 16 Jahre geringere Lebenserwartung haben. Bei Frauen sind es sieben Jahre. Wir vernichten also Lebenschancen, wenn wir das Armutsproblem nicht lösen.

Holzschnittartig ließe sich sagen: Geringe Bildung und Beschäftigung in nicht so gut bezahlten Berufen machen das Risiko physischer und psychischer Belastung viel größer. Wobei psychische Belastungen eher bei Angestelltenberufen als bei manuell Tätigen auffallen. Die Art der Erwerbstätigkeit ist und bleibt eine zentrale Kategorie, die sich auf die Gesundheit auswirkt. In den letzten 20 Jahren hat die Zahl derer, die aufgrund psychischer Probleme in Erwerbsminderung gehen, zugenommen.

Erwerbsminderungsrente ist ja eine zeitlich befristete Geschichte, weil man hofft, über Reha-Maßnahmen die Menschen wieder fit zu bekommen für den Einsatz auf dem Arbeitsmarkt. Und ich kann nur jedem wünschen, dass er oder sie gesundet, denn mit einer durchschnittlichen Erwerbsminderungsrente von 400 bis 500 Euro kann man nicht leben in Deutschland.

Wird die Frage von Altersarmut vor dem Hintergrund Ihrer bisherigen Ausführungen nicht immer virulenter?

HABICH Ich würde fast Wetten abschließen, dass wir in spätestens zehn Jahren vor allem über Altersarmut diskutieren werden. Erkennbar ist dies an der Entwicklung der Entgeltpunkte. Wenn man nur die unteren drei vier Dezile betrachtet und sieht, wie stetig sie dort absinken, wird erkennbar, dass die Betroffenen am Ende ihres Erwerbslebens deutlich weniger Entgeltpunkte haben als die Generation vorher. Da ist es auch egal, ob sie bis 67 arbeiten oder nicht. Es muss den Menschen noch viel stärker als bisher klargemacht werden, etwas für ihre Altersvorsorge zu leisten.

Das kann aber auch nicht jeder.

HABICH Die unteren Einkommensgruppen können das nicht. Das ist völlig klar.

Wird dies von den politisch Verantwortlichen ignoriert oder gar bewusst ignoriert, damit das Thema gar nicht erst zum Thema wird?

HABICH Könnte man so sehen. Unter den Fachleuten ist die Sache klar, aber außerhalb der Rentenversicherung interessiert es, glaube ich, kaum jemanden.

»Was mich wirklich irritiert, ist die zunehmende Distanzierung von Politik und die wachsende Bedeutung von materiellen Werten. Insbesondere bei jüngeren Menschen spielt dies wieder eine Rolle.«

Herr Habich, wagen Sie einen Ausblick auf die Zukunft des Arbeitsmarktes in 20 bis 30 Jahren?

HABICH Ich mache seit 30 Jahren das Geschäft mit dem Datenreport, werde jedes Jahr gefragt, was das Verblüffende gewesen sei. Ich sage dann immer, dass mich schon lange nichts mehr verblüfft.

Okay, anders gefragt: Was ist das Verblüffende von 1983 bis 2013 und was könnte eventuell in 30 Jahren verblüffen?

HABICH Was mich wirklich irritiert, ist die zunehmende Distanzierung von Politik und die wachsende Bedeutung von materiellen Werten. Insbesondere bei jüngeren Menschen spielt dies wieder eine Rolle.

Woran liegt das?

HABICH Viele Menschen haben im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise plötzlich gesehen, dass sich vieles sehr schnell zum Negativen verändern kann und Unsicherheiten zunehmen können. Früher hat man in die Zukunft geblickt und sich gesagt: »Ich werde in Zukunft auch mehr haben als heute«. »Meine Lebensqualität wird besser«. Heute, so meine Interpretation, haben die Leute Angst, das bisher Erreichte zu verlieren. Das ist natürlich eine andere Grundhaltung der Gesellschaft gegenüber.

Bleibt die These »Arm trotz Arbeit« für viele Menschen auch in Zukunft Realität oder glauben Sie an eine Wende zum Besseren?

HABICH Nein, das wird leider so bleiben. Vor allem dann, wenn es nicht gelingt, die Minijobs abzuschaffen. Es ist zum falschen Instrument geworden. Und da nützt es auch nichts, wenn wir die jetzt auf 410 oder 420 oder 480 Euro erhöhen.

Minijobs abschaffen ist wiederum eine politische Entscheidung ...

HABICH ... ja, aber da wäre auch ein Verband wie die Arbeiterwohlfahrt durchaus gefordert, noch mehr Druck auf politisch Verantwortliche auszuüben, damit solche Arbeitsverhältnisse verschwinden. ❤️

DATENREPORT 2013

Der »Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für Deutschland« wird von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, dem Statistischen Bundesamt, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) herausgegeben. Statistiker und Sozialforscher haben darin objektive Daten zu Gesellschaft sowie empirische Ergebnisse zu subjektiven Erwartungen und Einstellungen der Menschen zusammengetragen.



➔ Der Datenreport 2013 ist für 4,50 € bei der Bundeszentrale für politische Bildung zu bestellen und steht auch online zur Verfügung: www.bpb.de/shop

Abbau von Sprachbarrieren

Studien und Befragungen belegen: Viele Pflegekräfte mit Migrationshintergrund haben Defizite im Beherrschen der deutschen Sprache, insbesondere der berufsbezogenen Fachsprache. Die vom AWO Bundesverband entwickelte Qualifizierungsmaßnahme Fachsprache Deutsch in der Altenpflege (FaDA) zeigt Wege auf, wie die Defizite abgebaut werden können.

AUTORIN DRAGICA BARIC-BÜDEL

Um Pflegekräfte zu fördern, die Fort- und Weiterbildungskompetenzen zu stärken und dadurch Fachkräfte zu gewinnen, erprobt der AWO Bundesverband gemeinsam mit Experten aus den Bereichen Altenpflege und berufsbezogenes Deutsch die eigens entwickelte Qualifizierungsmaßnahme Fachsprache Deutsch in der Altenpflege (FaDA). Das auf drei Jahre angelegte und durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte Qualifizierungsprojekt wird bis Ende April 2014 an neun Standorten mit insgesamt 94 Teilnehmern umgesetzt. Die in acht Module gegliederte berufsbegleitende Förderung der Fachsprache und kommunikativer Kompetenzen am Arbeitsplatz Altenpflege umfasst eine Präsenzschulung von 80 Stunden und eine 20-stündige Onlinephase.

Das Besondere des Projekts

Das Besondere des Projektes: Die Teilnehmenden können Module und Themen auswählen und dabei aktuelle Fallbeispiele und Dokumente aus ihrem Arbeitsalltag in den Unterricht einbringen, etwa das Thema »Gespräche mit Angehörigen führen« oder »Sturzprophylaxe und Sturzdokumentation«. Der Vorteil: Die Erweiterung des Wortschatzes, der Grammatik, des Satzbaus sowie Kommunikation und Gesprächsführung werden gleichzeitig geübt; ebenso kann das Gelernte direkt wieder in der Praxis umgesetzt und ausprobiert werden. Die Lernmotivation kann so gesteigert werden. So berichten zwei Teilnehmerinnen nicht ohne Stolz, dass sie nach vielen Jahren Berufstätigkeit in bestimmten Arbeitsschritten sicherer geworden seien, etwa bei Eintragungen in den Tagesberichten oder im Verfassen von Pflegeberichten. Dies hätten sie vorher routinierten Fachkräften überlassen.



Das Projekt Fachsprache Deutsch in der Altenpflege (FaDA) wird bis Ende April 2014 an neun Standorten in Deutschland mit 94 Teilnehmenden umgesetzt.

Wer macht mit?

Ungefähr zwei Drittel der Teilnehmenden sind Pflegehilfskräfte (mit oder ohne einjährige Helferausbildung). Sie haben zum Teil akademische Berufsabschlüsse in anderen Berufen (Ingenieur, Erzieherin, Ärztin oder Bibliothekar) und entsprechende Kompetenzen und Potenziale, diese wurden aber aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse nicht anerkannt. Durch FaDA wird die Befähigung und Motivation für eine Fort-, Weiter- oder Ausbildung gestärkt. 50 Prozent der teilnehmenden Pflegekräfte haben nun konkrete Pläne für eine berufliche Weiterentwicklung oder Weiterbildung, etwa als Wohnbereichsleitung oder Ausbildung zur Pflegefachkraft.

Mittel- bis langfristig möchte die AWO FaDA als Weiterbildungsangebot in der Altenpflege über die Altenpflegesschulen nachhaltig implementieren. ❤️

➔ Dragica Baric-Büdel • Projektleiterin FaDA
Tel 030/26309166 • dragica.baric-buedel@awo.org
fada.awo.org

Die Ergebnisse des Projektes FaDA werden ausgewertet und in einem Handbuch dokumentiert. Das Buch erscheint dieses Jahr und ist über den AWO Bundesverband zu beziehen.

Neue Chancen am Arbeitsmarkt für junge Eltern und Senioren

Die AWO in Oberhausen zeigt mit zwei Projekten, wie junge Menschen mit Betreuungsverpflichtungen einen Beruf erlernen und wie ältere Arbeitnehmer wieder ins Arbeitsleben zurückfinden können.

AUTOREN BARBARA RAASCH UND UWE BEIER

BEST AGER
DER BESCHÄFTIGUNGSPAKT FÜR ÄLTERE IM REVIER

Der Beschäftigungspakt »BEST AGER – Erfahrung hat Zukunft«

Wer jahrelang aus dem Beruf raus ist, zudem die 50 schon überschritten hat, für den ist es nicht einfach, wieder ins Arbeitsleben zurückzufinden. Der Job-Club Oberhausen ist ein Teil des Beschäftigungspaktes »BEST AGER – Erfahrung hat Zukunft«. Als regionales Beschäftigungsbündnis, das von über 30 wirtschaftsnahen Berufsbildungsträgern und Wohlfahrtsverbänden in Kooperation mit den Grundsicherungsstellen in den Revier-Städten Gelsenkirchen, Bochum, Bottrop, Dortmund, Herne, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen und dem Kreis Reckling-

hausen gebildet wird, unterstützt der Job-Club berufserfahrene, meist langzeitarbeitslose Arbeitslosengeld-II-Empfänger bei der Rückkehr in die Arbeitswelt. Damit die elf Mitarbeiter des Job-Clubs Oberhausen ihre Kunden individuell auf den Arbeitsmarkt und auf Vorstellungsgespräche vorbereiten können, haben die Mitarbeiter eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten entwickelt. Dazu zählen neben Bildungs- und Informationsangeboten (Diverse PC-Kurse, Erste-Hilfe-Kurs, Renteninformation, Patientenverfügung, Angebote im Bereich von Sport und Gesundheit (Aqua Fitness, Fitness/Herz-/Kreislauf, Fahrradgruppe, Tai Chi Chuan)

»Viele Arbeitnehmer, die lange Zeit arbeitslos waren und über 50 sind, haben nach wie vor eine hohe Motivation, ihren Job besonders gut zu machen.«

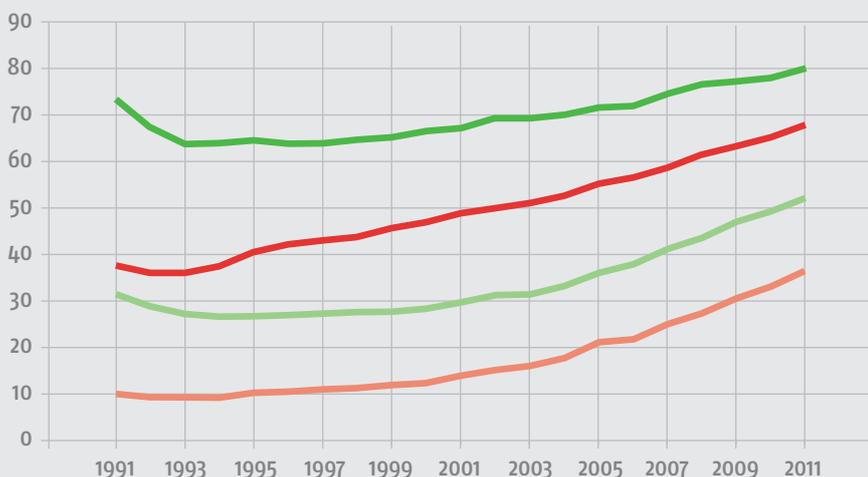
und eine bunte Palette von Kulturangeboten und des sozialen Miteinanders (Werksbesichtigungen, BEST-AGER-Zeitung, Frauenstammtisch Ehrenamt in Oberhausen). Ein Teil der Klientel ist bereits viele Jahre nicht mehr im Berufsleben. Eigenbemühungen, wieder Fuß zu fassen, sind oft gescheitert. Mit diesen Kunden wird nicht nur geübt, wie man Bewerbungen richtig schreibt, sondern muss ebenso sensibel gearbeitet werden, um Selbstbewusstsein und Motivation wieder aufzubauen. In verschiedenen Seminaren und Einzelgesprächen erhalten die Betroffenen entsprechende Impulse und Beratung.

Klar ist: Viele Arbeitnehmer, die lange Zeit arbeitslos waren und über 50 sind, haben nach wie vor eine hohe Motivation, ihren Job besonders gut zu machen. Sie verfügen ebenso in besonderem Maße über ein hohes Maß an Loyalität, Betriebstreue, Pünktlichkeit, die Bereitschaft, auch einmal Überstunden zu machen, und ein sehr hohes Verantwortungsbewusstsein. All dies macht die BEST AGER für Arbeitgeber interessant. Gefördert wird das Projekt im Rahmen des Bundesprogramms »Perspektive 50plus – Beschäftigung in den Regionen« durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

ERWERBSTÄTIGENQUOTE DER BEVÖLKERUNG

■ Frauen 55 – 59 ■ Männer 55 – 59
■ Frauen 60 – 64 ■ Männer 60 – 64

Erwerbstätige je 100 der Bevölkerung dieser Altersgruppe. Bis 2004 Erwerbstätige am Ort der Haupt- und Nebenwohnung, ab 2005 am Ort der Hauptwohnung. Angaben in Prozent.



Aus: Datenreport 2013, S.221. Datenbasis: Statistisches Bundesamt. Mikrozensus 2011



Ziel des Projekts »Teilzeitausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen« (TEP) ist es, die Möglichkeit der Teilzeitausbildung bekannter zu machen.

Das Projekt TEP

Studien zeigen: Über 50 Prozent aller jungen Frauen mit Kindern haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Oftmals verhindert eine frühe Schwangerschaft die Aufnahme oder führt zum Abbruch einer Ausbildung. Die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Probleme wie Betreuungsverpflichtung, Isolation oder psychosoziale Faktoren können so groß werden, dass ein Ausweg aus der oftmals damit verbundenen finanziellen staatlichen Abhängigkeit aus eigener Kraft nicht mehr möglich erscheint.

Ziel des Projekts »Teilzeitausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen« (TEP) ist es, die Möglichkeit der Teilzeitausbildung bekannter zu machen und Menschen mit Betreuungsverpflichtungen – in der Regel Frauen – darin zu unterstützen, eigenständig und selbstbestimmt

»Wer Haushalt, Kinder und schwierige Lebenssituationen managen kann und zielgerichtet eine berufliche Integration anstrebt, ist sehr wahrscheinlich auch ein kompetenter Mitarbeiter.«

ihre Existenz und die ihrer Kinder zu sichern. Dazu werden in Einzelgesprächen die individuellen Hürden identifiziert und Bewältigungsstrategien entwickelt. Die Erfahrung zeigt: Erste Erfolge stärken das Bewusstsein hinsichtlich der eigenen Kompetenzen. Ein intensives Bewerbungscoaching, die aktive Ausbildungsplatzakquise sowie die Sicherstellung einer langfristigen zuverlässigen Kinderbetreuung durch Dritte stehen ebenfalls auf dem Programm.

2005 wurde die gesetzliche Grundlage für eine Teilzeitberufsausbildung geschaffen. Liegt ein besonderer Grund – zum Beispiel Betreuungsverpflichtungen – vor, kann eine Ausbildung in Teilzeit absolviert werden. Bei dieser vollwertigen betrieblichen Ausbildung wird die Berufsschulpflicht im vollen Umfang erfüllt und kann die Arbeitszeit (beispielsweise auf sechs Stunden täglich) verkürzt werden – eine gute Ausgangslage, um alle Verpflichtungen »unter einen Hut« zu bringen.

Das TEP-Projekt, gefördert vom Land Nordrhein-Westfalen, ist eine Unterstützungsmöglichkeit für diese Zielgruppe,

um ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis eingehen zu können. Während der ersten acht Ausbildungsmonate steht den Teilnehmenden und den Ausbildungsbetrieben eine pädagogische Fachkraft für alle rechtlichen und inhaltlichen Umsetzungsfragen kontinuierlich zur Seite. Durch die Kombination von individueller Prozessbegleitung, der Vernetzung mit lokalen Wirtschaftsvertretern und kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit liegt die jährliche Einmündungsquote in eine betriebliche Ausbildung bei circa 60 Prozent. Neben den Betroffenen profitieren ebenso Betriebe und Unternehmen, die Fachkräfte mit gut ausgebildeten personalen und sozialen Kompetenzen erhalten. Denn: Wer Haushalt, Kinder und schwierige Lebenssituationen managen kann und zielgerichtet eine berufliche Integration anstrebt, ist sehr wahrscheinlich auch ein kompetenter Mitarbeiter. ❤️

📌 Projekt TEP

Barbara Raasch • Tel 0208 / 6205312

📌 Projekt BEST AGER

Reiner Remmers • Tel 0208 / 3026812



Nähen statt Knast

»Integration statt Ausgrenzung – Kleiderwerkstatt« (ISA-K) ist eine soziale Einrichtung der AWO in Berlin, in der Frauen Geldstrafen und gerichtliche Auflagen durch gemeinnützige Arbeit tilgen können. Heike Hartmann leitet seit gut zehn Jahren den Arbeitsbereich Kleiderwerkstatt. »Straffällige Frauen werden schnell vergessen«, so Hartmann. »Deshalb finde ich Idee und Arbeit von ISA-K höchst sinnvoll.« Angeboten werden Arbeitsmöglichkeiten in den Bereichen Waschen, Bügeln, Nähwerkstatt und Verkauf. Die betroffenen Frauen werden angeleitet, um Verbindlichkeiten (Absprachen, Termine einhalten) und Arbeit in einem Team zu erlernen; und sie können ebenso sozialpädagogische Beratung in Anspruch nehmen. Ziel ist, die Frauen behutsam auf den (Arbeits-)Alltag nach Ableistung der Strafe oder Auflage vorzubereiten. ❤️

Wir brauchen Mut zur Veränderung



Die Angebote des ElternService AWO richten sich an alle Arbeitgeber, die eine familienbewusste Personalpolitik unterstützen. Leiterin Dagmar Howe spricht darüber, unter welchen Bedingungen die Umsetzung in der Praxis funktionieren kann.

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Frau Howe, das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird immer bedeutsamer. Ist dem eigentlich nach Ihren Erfahrungen wirklich so oder werden immer noch zu viele Sonntagsreden gehalten?

Sonntagsreden sind nicht immer nur schlecht und können dann eine wichtige Funktion haben, wenn sie dazu beitragen, ein wichtiges Thema in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Arbeitgeber suchen heute händeringend qualifizierte Fachkräfte, und die Fachkräfte streben ebenso verzweifelt nach einer Balance zwischen den Anforderungen der Familie und des Berufes. Zugleich wird immer ersichtlicher, dass die Ansprüche an die Menschen in einer immer komplexeren Arbeits- und Lebenswirklichkeit steigen. Dabei ist auch das Thema »Vereinbarkeit« endlich in der gesellschaftlichen Diskussion angekommen. Viele sehr gute regionale und überregionale Bündnisse und Initiativen sprechen für sich. In diesem Zusammenhang wird auch klar, dass diese Investition vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels nicht nur »Goodwill« der Arbeitgeber ist, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Botschaft wird also mittlerweile nicht nur am Sonntag gehört, sondern auch im Alltag schon gelebt. Und diese Entwicklung wird sich fortsetzen, da bin ich mir sicher.

2 Was leistet der ElternService AWO?

Der ElternService AWO ist die konsequente Fortführung des Konzeptes der AWO in Deutschland, das sich zum einen an den Bedarfen von Familien orientiert und zum anderen die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen fördert. Das Dienstleistungsangebot des ElternService AWO richtet sich direkt und ausschließlich an Arbeitgeber, die ihre Beschäftigten durch eine familienbewusste Personalpolitik unterstützen. Für sie hat der ElternService AWO ein vielfältiges Dienstleistungsangebot entwickelt. Das umfasst zum Beispiel die Beratung zur Organisation einer guten Kinderbetreuung. Die zweite Vereinbarkeitsproblematik, die uns alle in den nächsten

Jahren und Jahrzehnten verstärkt beschäftigen wird, ist die Beratung von Beschäftigten mit Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige. Hier erleben wir eine stark wachsende Nachfrage. Darüber hinaus organisiert der Service bundesweit Ferienbetreuungsangebote und einen Notfalldienst für kurzfristige Anfragen zur Kinderbetreuung. Ein weiterer wichtiger Bereich ist die psychosoziale Beratung von Beschäftigten und Führungskräften, etwa bei Suchterkrankungen oder im Gesundheitsmanagement. Generell gilt: Das bundesweite Beratungsnetz des ElternService AWO stellt sicher, dass alle Beschäftigten von den familienunterstützenden Leistungen unabhängig von ihrem Wohn- oder Arbeitsort profitieren können.

3 Wo sehen Sie die großen Herausforderungen für einen Wohlfahrtsverband wie die AWO?

Die Wohlfahrtsverbände spüren die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen, die zu einer stetigen Verschärfung des Wettbewerbs im Bereich der sozialen Dienstleistungen führen, sehr deutlich. Der finanzielle Druck und die zunehmende Konkurrenz durch kommerzielle Anbieter fordern von den Wohlfahrtsverbänden Mut zu Veränderungen, wenn sie sich langfristig behaupten wollen. Die AWO stellte sich diesen Herausforderungen frühzeitig, war bereit, neue Wege zu gehen und Kooperationen mit neuen Partnern zu suchen. Die Gründung des ElternService AWO war ein konsequenter, wichtiger und zeitgemäßer Schritt zur Weiterentwicklung als moderner Dienstleister im sozialen Bereich. Die Wohlfahrtsverbände, und damit natürlich auch die AWO, sind selbst auch wichtige Arbeitgeber in Deutschland. Sprich: Es geht auch für sie um die Implementierung familienunterstützender Personalpolitik mit dem Ziel, qualifizierte Fachkräfte für die Soziale Arbeit zu gewinnen und zu halten. ♥

DAGMAR HOWE



Dagmar Howe ist unter anderem für die fachliche Leitung der ElternService AWO GmbH verantwortlich.

➔ Dagmar Howe
Tel 0521 / 5577050
leitung@elternservice-awo.de

Kulturrassismus und Freizügigkeit

AUTOR KLAUS J. BADE

Ein neues kulturrassistisches Gespenst geht um in Deutschland und Europa. Es konkurriert mit dem gleichermaßen kulturrassistisch beschworenen islamischen Monster aus dem Morgenland, das den demografischen und kulturellen Untergang des Abendlandes bewirken soll. Das neue Gespenst ist die sogenannte Armutswanderung aus den 2007 aufgenommenen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien.

Schon der Begriff ist ein semantisches Schandmal. Und die damit verbundene gruppenfeindliche Agitation gegen Bulgaren, Rumänen und insbesondere die Roma unter ihnen ist eines der beschämendsten Kapitel in der Geschichte der deutschen und europäischen Ausländerdiskussionen.

Der Begriff »Armutswanderung« ist auch für die – eine Minderheit bildenden – gering qualifizierten Arbeitswanderer aus Bulgarien und Rumänien ohnehin grundfalsch: Sie kommen nicht, um sich wie Faultiere in die Äste der mittel- und westeuropäischen Sozialsysteme zu hängen, weshalb in Deutschland der Begriff »Sozialtourismus« zu Recht zum Unwort des Jahres gewählt wurde.

Sie kommen, um zu arbeiten, und nehmen Sozialtransfers eher in Ausnahmefällen, insbesondere zur Aufstockung im Niedriglohnbereich oder bei unzureichendem Einkommen aus selbstständiger Arbeit in Anspruch. Das entspricht vollauf dem Verhalten der Staatsangehörigen gleicher Soziallage in den Zielländern ihrer Migration. In Deutschland ist ihre Erwerbsquote im Vergleich zur Gesamtheit der ausländischen Arbeitskräfte im Land hoch, ihre Transferquote niedrig. Sozialprobleme in einzelnen Distrikten struktur- und finanzschwacher Städte bestätigen als Ausnahmen nur die Regel.

Weiter macht der Skandalbegriff »Armutswanderung« vergessen, dass in Deutschland und Europa unzählige unserer Vorfahren als Arbeitswanderer in ganz Europa umspannenden Migrationssystemen unterwegs waren, um so die Existenz ihrer Familien in den Ausgangsräumen zu sichern. Und schließlich ist die denunziative Abwehr von gering qualifizierten Migranten, zumal aus einzelnen ethnonationalen Gruppen, unvereinbar mit dem Grundgedanken der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa.

Im Vorfeld der Europawahlen vom Mai 2014 zeigt sich, worum es bei der Agitation gegen die angebliche Armutswanderung wirklich geht: Sozialangst, Fremdenfeindlichkeit und Kulturrassismus sind die Bindemittel rechtspopulistischer Strömungen in Europa – von der UK Independence Party in Großbritannien bis zum Front National in Frankreich und von der Agitation von Geert Wilders in den Niederlanden bis zu derjenigen von Heinz-Christian Strache in Österreich. Ihre Koalitionsbestrebungen für Brüssel sind eine negative Allianz der nationalistischen Europafeinde. Sie stellen infrage, was in Jahrzehnten mühsamer Einigungs-, Friedens- und Freiheitsarbeit in Europa geschaffen worden ist.

Akzeptanz und Teilhabeförderung für EU-Bürger gleich welcher Herkunft und Soziallage sind deshalb lebendige Zeichen der europäischen Idee in Wirtschaft, Arbeitsmarkt und alltäglicher Kommunikation. 

IM NÄCHSTEN HEFT

Bedeutung der Mitgliedschaft im Verband.

Organisationen wie die AWO müssen stetigen Mitgliederrückgang verkraften. Warum ist das so? Welche Bedeutung kann, welche Bedeutung sollte Mitgliedschaft in solchen Organisationen in Zukunft haben?

PROF. DR. KLAUS J. BADE



Prof. Dr. Klaus J. Bade ist Migrationsforscher, Publizist und Politikberater. Er war bis 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration in Berlin. Sein aktuelles Buch »Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ›Islamkritik‹ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft« (Wochenschau Verlag) passt zum Thema.

